Nr. 18 XXIX. Jahrgang

Sonnabend, 22. Januar 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rundsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75 frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13635, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Briands Programm

Die Antrittsrede Briands in der Pariser Deputiertenkammer muß uns, wie nicht anders zu erwarten war, wieder enttäuschen. Sie ist weder von großen und neuen Gedanken geleitet, noch hat sie nur einen Versuch gemacht, einen Weg zu zeigen, der zur Verständigung führen könnte. Was Briand über die Leiden Frankreichs und die Pflichten Deutschlands ausgeführt hat, ist der alte Clichéstil, wie ihn seine Vorgänger zum Ueberdruß dahergeleiert haben. Wir hören wieder, daß Frankreichs Fabriken zerstört sind und daß Deutschland besiegt ist, daß Frankreich im Namen der Gerechtigkeit kämpft und daß das furchtbare Unrecht von gestern wieder gutgemacht werden müsse. Auch die Beleuchtung der Beziehungen zu den Verbündeten, insbesondere zu Polen, ist nichts weiter als ein rhetorischer Aufguß der Pariser Pressestimmen. Briand sieht die Entente selbstverständlich im rosigsten Lichte und besonders das Verhältnis zu England als völlig ungetrübt an.

Die einzige Stelle der Rede, die eine neue Wendung bedeuten könnte, ist die, wo Briand zum Ausdruck bringt, daß Frankreich Deutschland „in Frieden" zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen werde. Damit kann gesagt sein, daß das Kabinett Briand die Drohung mit einem Einmarsch ins Ruhrrevier ad acta gelegt hat. Aber dieser Verzicht wäre schließlich für Frankreich kein gar so großes Opfer, wenn es auch von Briand so aufgemacht ist. Es ist deshalb kein Opfer, weil Briand und jeder andre verständige Politiker ganz genau weiß, daß die Anwendung von Gewalt keine zerstörten Fabriken wieder aufbaut und daß die Kohlenförderung durch zwangsweise zur Arbeit angehaltene, also militarisierte Bergleute nicht gerade belebt werden wird. Die deutsche Entwaffnungsfrage mag ja — wie so wichtig verkündet wird — eine Lebensfrage für Frankreich sein (natürlich nicht in dem krassen Sinne, wie es Poincaré und seine Trabanten meinen), aber es ist zweifelhaft, ob die gleichzeitige Unterstützung des polnischen Imperialismus in Oberschlesien den französischen Wiedergutmachungswünschen günstig ist. Eulen nach Athen tragen, wollte man wiederholen, daß ein Verlust Oberschlesiens für das Reich ein solcher Schlag wäre, daß eine wirtschaftliche Gesundung ganz ausgeschlossen ist.

Briand meint, die deutsche Erzeugungskraft sei noch intakt und die Valutaverhältnisse gäben Deutschland Hoffnung für seine wirtschaftliche Erstarkung. Das ist natürlich durchaus falsch dargestellt. Zunächst geht die deutsche Erzeugung nur auf Krücken, die von einer Scheinkraft in Bewegung gesetzt werden. Soweit unsre Fabriken arbeiten, arbeiten sie nur von der Hoffnung auf einen Kredit, der uns fehlt. Nur Zeit verschafft sich die Papiergeldinflation immer mehr. Eine Besserung kann erst eintreten, wenn die deutschen Exportüberschüsse nach gerechter Valuta eine aktive Handelsbilanz ermöglichen. Unsre heutigen Valutaverhältnisse gestatten dazu aber keinerlei Hoffnung. Wenn Briand es anders darstellt, so ist er eben in einem bedauerlichen Irrtum. Wenn wir uns daher in der Reparationsfrage auf ein fünfjähriges Provisorium einlassen und während dieser Zeit zwei bis drei Milliarden Goldmark an Sachgütern in Anrechnung auf das Reparationskonto zu zahlen verpflichten, dann ist das nur möglich, wenn uns jene wirtschaftlichen Erleichterungen verschafft werden, wie sie in den fünf Brüsseler Punkten, zu denen auch das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich und die Kostenherabsetzung für die Besatzungstruppen gehören, normiert sind. Dann erst wird davon die Rede sein können, daß unsre Valuta Hoffnungen auf Wiedergutmachung zuläßt, und dann erst wird es möglich sein, unsre zwar nicht durch Granaten, aber durch den Versailler Vertrag zerstörten Fabriken leistungsfähig zu machen.

Briands Programm kann uns darum durchaus nicht ermutigen. Wir wollen hoffen, daß Briands Politik der Taten anders ausfällt als seine Rede, die nichts mehr als ein Kotau vor der Kammer und dem französischen Chauvinismus ist.

Die Wirtschaftskrise in England

WB London, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die durch die geringe Kauflust herbeigeführte Annullierung von Geschäftsabschlüssen hat für die englische Industrie die furchtbare Arbeitskrisis dieses Jahrhunderts heraufbeschworen. Von allen Seiten wird ein noch nicht dagewesener Stillstand der industriellen Tätigkeit gemeldet, der zu einem erschreckenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen muß. 1½ Millionen Arbeiter sind erwerbslos, und ebenso viele arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Also sind gut 3 Millionen englischer Arbeiter mehr oder weniger auf den Hungeretat gesetzt. In Industriezweigen, in denen die gleitende Lohnskala üblich ist, sind die Löhne automatisch um 30 Prozent gesunken und nur in seltenen Fällen haben sich die Arbeiter nicht in die 10proz. Lohnverminderung gefügt.**

Das Organ der „Labour Party", der „Daily Herald", beschuldigt Amerika, eine die ganze Welt umfassende kapitalistische Zerstörung angestellt zu haben, in der Absicht, die Arbeiter ihres Verdienstes zu berauben und sie in ihrer Lebensweise zu reduzieren. Die Kapitalisten in den Ländern der Entente fänden, daß der Krieg, statt gefährliche Wettbewerber zu vernichten, nur dazu geführt habe, ihre besten Kunden ihrer Kaufkraft zu berauben. Die Umstände, die die Krisis heraufgeführt hätten, seien folgende: Die Preise im Kohlenexport ließen sich infolge der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und der Zunahme der deutschen Kohlenlieferungen nach Frankreich nicht mehr aufrechterhalten. Sie sanken darum um 50 Prozent. Die Folge war, daß im Eisenhandel ein Stillstand eintrat. Ferner unterboten die Baumwollspinnereien auf dem Kontinent die englischen um 20 Prozent. In ganz Lancashire wird deshalb nur noch mit halber Zeit gearbeitet. Auch in der Wollindustrie verkaufen die Fabrikanten zu jedem Preis.

Die französische Regierungserklärung

In der Regierungserklärung, die Donnerstag nachmittag von Briand in der Kammer und von Marraud im Senat verlesen wurde, heißt es u. a.:

Die Regierung erkennt die Größe der Schwierigkeiten und ist bereit, ihnen die Stirn zu bieten. Wir haben einen Friedensvertrag mit Deutschland, aber noch nicht den wahren und dauerhaften Frieden.

Wir werden die Sicherheit Frankreichs nur erlangen, wenn Deutschland entwaffnet ist. Das ist für unser Land eine Lebensfrage.

Der Wiederaufbau unsres verwüsteten Bodens, unsrer zerstörten Industrien und das Gleichgewicht unsrer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Reparationen leistet. In dieser Hinsicht werden die Alliierten uns ihre Unterstützung gewähren. Deutschland ist besiegt, aber keine seiner Fabriken ist zerstört. Seine produktiven Kräfte sind ganz geblieben. Es ist nötig, Deutschlands schnelle Wiedererhebung vorauszusehen. Fern liegt uns der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten. Aber der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des angreifenden Volkes nach seiner Niederlage und dem Ruin des siegreichen Volkes ist eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann.

Wir haben die Gewalt!

Wir könnten und würden es verstehen, uns ihrer zu bedienen, wenn es nötig wäre, um ihm rasch den Respekt vor allen unterschriebenen Verpflichtungen aufzuzwingen. Aber das republikanische Frankreich ist seinem Wesen nach friedlich und wird Deutschland in Frieden zur Erfüllung seiner Verpflichtungen bringen.

Frankreich verlangt alles, was ihm zusteht

Alle Möglichkeiten der Bezahlung seitens des Schuldners in Geld, in natura und Beteiligungen aller Art müssen zum Vorteil des Gläubigers durchgeführt werden. Das ist nur Gerechtigkeit. Dieses Ziel kann nur durch enge Eintracht zwischen den Verbündeten erreicht werden. Unser großer Freund und Verbündeter England wird uns dabei nach allen Kräften unterstützen.

Das enge Bündnis mit England ist die Grundlage unsrer auswärtigen Politik

Nachdem Briand über die Beziehungen Frankreichs zu Italien, den Vereinigten Staaten, Belgien sowie zu den befreundeten und alliierten Ländern Mitteleuropas gesprochen hatte, fuhr er fort:

Wir werden auch nicht die strikte Durchführung der Friedensverträge zwischen allen Staaten, die aus dem Verfall des österreichisch-ungarischen Reiches entstanden sind, vernachlässigen und die Abmachungen durchführen, die es jedem dieser Länder ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beleben.

Die Lage im Orient nimmt in immer steigenderem Maße unsre Aufmerksamkeit in Anspruch. Der Friede mit der Türkei muß verwirklicht werden. Die russische Sowjetregierung werden wir ebensowenig anerkennen, wie unsre Vorgänger, solange in Moskau kein Regime besteht, das in Wirklichkeit das russische Volk darstellt. Wir haben nicht das Recht, in Rußland zu intervenieren. Aber es ist unmöglich, zuzulassen, daß die Sowjetarmee unsre Verbündeten angreift.

Um auch gegenüber den Regierungen, mit denen der Frieden noch nicht wiederhergestellt ist, uns stark zu halten, ist es nötig, daß wir unsre militärische Macht nicht schwächen. Aber das ist eine schwere Last für das Land und muß auf das notwendigste Maß beschränkt werden. Um stark zu sein, genügt es für Frankreich nicht, eine starke Armee zu haben. Es muß auch gesunde Finanzen haben.

Nachdem Briand noch über weitere Fragen der inneren Politik, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Kolonien gesprochen hatte, appellierte er zum Schlusse, um sein Programm durchführen zu können, an die Einigkeit aller Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen. Er lehnt die Unterstützung derer ab, die durch Gewalt die Umwandlung der Gesellschaft versuchen. Um das Werk, zu dem die Regierung einladet, zum guten Ende zu bringen, brauche er das ganze Vertrauen des Landes. Er sei davon überzeugt, daß es daran nicht fehlen werde.

Die Aufnahme in der Kammer

Paris, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Kammer hat der Programmrede Briands einen lauen, wenn nicht geradezu kalten Empfang bereitet. Es fehlte jedenfalls vollkommen an Enthusiasmus, nur der linke Flügel des Zentrums und die Linke applaudierten. Briand wird seine Majorität erst gewinnen müssen. Nach Verlesung der Programmrede wurde die Diskussion der verschiedenen Interpellationen über die allgemeine Politik und über die äußere und innere Politik eröffnet. Diese Debatte wird erst heute, Freitag abend, abgeschlossen werden. Die Abstimmung über die Vertrauensfrage wird erst in den späten Abendstunden des Freitags abgehalten werden können. Man nimmt an, daß die Regierung eine Mehrheit von ungefähr 400 Stimmen erhalten wird. Im Senat wurde die Programmrede von dem neuen Minister Marraud verlesen, der vor einigen Wochen in den Senat gewählt wurde. Der Senat nahm die Programmrede aus dem Munde Marraud's unverhohlen spöttisch auf.

Briand beim deutschen Botschafter

Das Wolffsche Telegraphenbureau teilt mit:

Am Dienstag abend hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen.

Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehen und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden seien, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der verlangten Summen und anders als in natura zu leisten.

Der Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Die Vorverhandlungen mit Bergmann

Genf, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal des Débats" sagt in einem Bericht über die Verhandlungen des deutschen Staatssekretärs Bergmann in Paris, daß die Besprechungen zu einer leichten Annäherung beider Standpunkte geführt hätten. Frankreich stimme zu, daß der größte Teil der deutschen Leistungen in gesteigerten Warenlieferungen erfolgen solle.

Die Pariser Zusammenkunft

Genf, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Havas veröffentlicht das Programm der in Paris nächsten Mittwoch zusammentretenden Konferenz der Entente-Ministerpräsidenten wie folgt: Entwaffnung Deutschlands, die Wiedergutmachung, die österreichische Frage und der Friedensvertrag mit der Türkei. Die oberschlesische Frage ist in diesem Programm nicht enthalten, weshalb anzunehmen ist, daß die Entscheidung über Oberschlesien ausschließlich der Botschafterkonferenz vorbehalten ist.**

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs

Paris, 21. Januar. Wie die Morgenblätter melden, hat sich der Wiederaufbaukongreß dafür ausgesprochen, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde Material zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefere. Der Kongreß hat sich aber gegen die Zulassung deutscher Arbeiter nach Frankreich ausgesprochen.

Der Konkurrenzneid

Basel, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Industriellen von St. Etienne richteten an den Präsidenten Millerand eine Eingabe, in der sie auf die Notlage hinweisen, die durch die deutsche wirtschaftliche Konkurrenz geschaffen wurde. Infolge des Wechselkurses sei die französische Industrie nicht mehr in der Lage, dagegen anzukämpfen. Zahlreiche Industrien drohen mit Schließung ihrer Fabriken, falls die Regierung nicht sofort dringende Maßnahmen ergreife.

Der Krieg nach dem Kriege

Wien, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Aus Wien kommt eine interessante Nachricht. Auf Grund des Friedensvertrages von St-Germain müssen die Geschäfte der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, der Staatsbank der verflossenen Doppelmonarchie, durch eine internationale Kommission abgewickelt werden, und zwar unter Aufsicht der interalliierten Kriegsentschädigungskommission in Paris. Dieser Abwicklungskommission gehörte bis jetzt der amerikanische Finanzmann Wallman an. Nunmehr ist Herr Wallman ausgeschieden mit der Begründung, daß eine gedeihliche Arbeit bei der Haltung der Pariser Entschädigungskommission nicht möglich sei. Einem Pressevertreter erklärte er, man scheine in Europa noch immer nicht begreifen zu wollen, daß man Frieden geschlossen habe. Während man in Amerika trotz des offiziell noch vorhandenen Kriegszustandes wirklich den Frieden fördern will, betrachtet man die Dinge in Europa und namentlich in Paris noch immer so, als ob man im Kriege sei. Wenn die Vorschläge, die er im Interesse der Sache gemacht habe, angenommen worden wären, hätte die Abwicklung am 1. April vollendet sein können. Unter den jetzigen Umständen sei daran nicht zu denken, und er ziehe es vor, seine Zeit zu Hause nützlicher anzuwenden, als sie fruchtlos in Paris zu verbringen. Auch werde das dazu beitragen, in Amerika die Ueberzeugung zu stärken, daß eine gründliche Revision der verschiedenen Friedensverträge die unerläßliche Vorbedingung für die Herstellung des wahren Friedenszustandes sei.

Eine Niederlage der Griechen?

Paris, 21. Januar. **Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel haben die Truppen Kemal Paschas in Anatolien eine allgemeine Offensive gegen die Griechen begonnen. Sie sollen diese gezwungen haben, Ismid zu räumen und Brussa besetzt haben. Die Kemalisten behaupten, 4000 Gefangene gemacht, 17 Feldgeschütze und große Munitionsvorräte erbeutet zu haben. Die türkischen Blätter sind über die Wendung begeistert.**

Der Kampf in der Ukraine

Paris, 21. Januar. Wie Ruste Union meldet, ist es nach einer Nachricht der „Iswestija" den Roten Truppen gelungen, das von aufrührerischen Bauern besetzte Kiew wieder zu befreien. Am Dnjepr sollen die Aufständischen noch die Stadt Kanew halten.

Die Erziehung zum Siedler

Berlin, 20. Januar

„Wir wollen siedeln!" — Das ist nun, übers Jahr, ein Schlagwort geworden und droht, das Schicksal aller Schlagworte unsrer phrasendurchdröhnten Zeit zu teilen: seinen Inhalt zu verlieren oder — und das ist noch gefährlicher — seinen Begriff zu ändern und tollkühne Hoffnungen großzuziehen. Man hat vergessen und will es nicht hören, daß Siedeln vor allem und immer wieder arbeiten heißt, angestrengt und treu arbeiten, und daß die ganze vielgestaltige Werbekraft der Siedelung nichts ist als ein vielstimmiger Ruf: „Zurück zur frohen und befriedigenden Arbeit!" Aber heute heiße es als Schlagwort da, wird weitergetragen in alle Schichten und alle Kreise: wir wollen siedeln! Und der Schlachtruf heißt, entstellt und verwirrt: „Jeder sein eigener Hauswirt!" . . .

Fehler übertriebener, vielleicht leichtfertiger Werbung beginnen sich zu rächen: manche Siedelung, mit großen Hoffnungen und luxuriösen Eigenheimen begonnen, brach zusammen; andre Genossenschaften, durch tausend Enttäuschungen verbittert, gehen den Weg zu froh ersehntem Ziel vorzeitig auf, und nur wenige sind geblieben. Und diese wenigen hatten von Beginn an das Glück, einen rechten Führer zu finden, der die Siedelungslustigen durch tausend Klippen bureaukratischer, technischer und geldwirtschaftlicher Schwierigkeiten steuerte. Aber der Siedelungslustigen sind heute Millionen, und sachkundige Siedelungsführer gibt es wenige. Die halbamtlichen Siedelungsgesellschaften können nicht überall helfend Hand anlegen, können nicht zu jeder Häusergruppe einen Bauleiter, nicht neben jede Genossenschaftskasse einen Kontrolleur stellen. So gehen viele, an sich aussichtsreiche Siedelungsunternehmungen zugrunde, weil ihnen die rechte leitende Hand fehlt.

Es lag nahe, diesem Mangel von Beginn an abzuhelfen, indem man etwa den Landeskulturämtern Siedelungstechniker beigesellte, die in ihrem Bezirk allen Siedelungen mit Rat und Auskunft zur Seite standen; gewiß wäre auch diese staatliche Aufsicht nur ein Notbehelf gewesen und hätte keineswegs alle Fehler vermeiden, nicht jeden Zusammenbruch verhindern können. Bei der Planlosigkeit jedoch, mit der die verschiedenen Dutzende von Behörden die Siedelungstätigkeit ins Werk setzten und „förderten", verzichtete man sogar auf diesen Notbehelf und rechnete sich nur ab und zu, wenn die Angriffe zu unangenehm wurden, sozusagen viele Milliarden an Baukostenzuschüssen verteilt zu haben; aber gerade die wahllose Verteilung dieser Zuschüsse hat dazu beigetragen, übertriebene Hoffnungen zu wecken und die Siedler auf die „Hilfe von oben" zu verweisen.

Jetzt endlich dämmert die Erkenntnis, daß zum Siedeln mehr gehört als nur der Wille und Wunsch, ein eigenes Heim auf eigener Scholle zu besitzen, und daß nicht jeder, von solchen schönen Hoffnungen erfüllt, ohne weiteres fähig und geeignet ist, als Siedler hinauszugehen, geschweige denn, ein Siedelungsunternehmen sachkundig und zielbewußt zu leiten. Es muß zum mindesten eine Auswahl getroffen werden unter denen, die sich berufen fühlen und die geeignet scheinen.

Es gilt, Führer zu finden und sie mit ihrem schweren Beruf vertraut zu machen; es gilt, schmerzliche und verlustreiche Erfahrungen vorwegzunehmen und Kenntnisse zu vermitteln, die für den lebensfähigen Siedler unentbehrlich sind. Es gilt vor allem, das Schlagwort vom Siedeln mit neuem, lebendigem Inhalt zu erfüllen und Menschen zu erziehen, die willens und fähig sind, den Siedelungsgedanken so ins Werk zu setzen und durchzuführen, daß er wirklich eine Wohltat wird und beiträgt zur Gesundung unsres Wirtschaftslebens, unsres sozialen Elends.

Der Siedelungsführer bedarf unbedingt siedelungstechnischer und psychologischer Erziehung zur Durchführung seiner Aufgabe; man wird in einer Siedlerschule weder Architekten noch Bauleiter, wird weder Syndizi noch Buchhalter, weder Maurer noch Zimmerleute erziehen wollen oder können; aber man wird tatfreudige Menschen, die die große Liebe zur Sache mitbringen, vertraut machen mit den Schwierigkeiten des Siedelungswerkes, wird sie an praktischen Beispielen lehren können, das Falsche vom Richtigen zu unterscheiden, wird ihnen eine Fülle von Anregungen geben können, und vor allem: man wird, wenn die richtige Auswahl getroffen wird, diesen Männern den Geist mitteilen können, der dem Führer und dem Siedler unentbehrlich ist. Nicht durch Vorträge, nicht durch Paragraphen und Statistiken wird man diese Atmosphäre schaffen, diesen Führersinn wecken und ausbilden können, sondern nur in der Arbeit selbst, im Rahmen einer Mustersiedelung wird die Lust sich bilden können, in der Gemeinschaft ernst Arbeitender wird jene Kraft aus dem Boden wachsen, die dem Menschen die Fähigkeit gibt, andre zu leiten.

So wird es möglich sein, einen Stamm von Siedelungsführern heranzubilden, die nun den Gedanken hinaustragen, mit neuen Inhalten beleben, in Erfahrungen und schwerer Arbeit für den Kampf gehärtet, und in einer lebendigen Gemeinschaft von Kopf- und Handarbeitern mit einem neuen, sozialen Geist erfüllt, der die Grundbedingung scheint für eine Gesundung unsres zerrütteten Volkskörpers.

Diese Siedlerschule wird gleichzeitig ein Mittelpunkt werden für eine neue Belebung der Landwirtschaft; man wird die wirtschaftliche Technik des Acker- und Gartenbaues kultivieren und fördern und so einen neuen Weg ebnen können zur Steigerung unsrer Bodenerträge, zu einer besseren Ernährung unsres Volkes und mittelbar zu erhöhten Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie.

Es fehlt nicht an Siedelungen, die schon heute als Muster betrachtet und Kern werden können einer praktischen Siedlerschule, die alle Erfahrungen und Entwicklungen in sich vereinigen und sichtbar und deutlich

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19210122/1